

Anlage 1

zu der Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates
am 13.12.2013 – Punkt 7 ö.S. –

Etatrede 2014 des Ratsmitgliedes Monika Sauer namens der CDU-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
liebe Dezerntenen Prümm und Knopp,
liebe Ratsmitglieder,
liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,
liebe Pressevertreter,

„Koblenz verwandelt“, dieser Slogan der BUGA 2011 hat sich bestätigt, Koblenz kann sich sehen lassen im Vergleich zu anderen Städten. Dies bestätigt der neue Zukunftsatlas der Prognos AG. In dem Artikel der Rhein-Zeitung vom 20. November 2013 lautete der Text: „Koblenz hat gute Zukunftschancen“. 402 deutsche Kreise und kreisfreie Städte wurden bewertet, wobei die Forscher aus den Platzierungen in den Kategorien Dynamik, Stärke, Demografie, Arbeitsmarkt, Innovation und Wohlstand einen Gesamtwert ermittelten. Koblenz landete sogar im oberen Viertel. Die Forscher sehen hier große Zukunftschancen. Die Stadt landet auf Platz 71 und verbesserte sich gegenüber 2004 sogar um 75 Plätze. Die Statistiker würdigten besonders den stabilen Arbeitsmarkt. Hier reicht es sogar für Platz 9. Auch die Bevölkerungsentwicklung gibt an Rhein und Mosel wenig Anlass zur Sorge. Rang 40 spricht eine deutliche Sprache. Zudem ist die Dynamik des Wirtschaftslebens in Koblenz groß. Dieser theoretische Ansatz wird bestätigt durch die von der Koblenz – Touristik ermittelten Zahlen der Besucher und Übernachtungen.

Nun zu den Zahlen des Haushaltes:

Unsere Fraktion hat hinsichtlich der Sparbemühungen wichtige Impulse geliefert, denn offenkundig haben die Forderungen der CDU-Fraktion nach strukturellen Reformen und das vorgelegte Zehn-Punkte-Programm einen Umdenkungsprozess massiv gefördert und inzwischen gefruchtet. Das zu erwartende Defizit von 21 Mio. ist nicht annähernd so hoch wie der Einstieg in das Haushaltsjahr 2013 mit einem Minus von 36 Mio. Dieses Defizit hat sich im Nachtrag verbessert auf 12,6 Mio. Hoffen wir für 2014 auf eine ähnliche Entwicklung.

Motor im Jahr 2013 war zwar weitgehend die Gewerbesteuer. Aber - auch die gemeinsamen Bemühungen von Rat, Verwaltung und den externen Beratern tragen Früchte wie z. Bsp. bei den Personalkosten, die von 78 Mio. auf 79,6 Mio. steigen, aber mit umgerechnet 1,8 % niedriger anwachsen, als dies ohne das Personalentwicklungskonzept der Fall gewesen wäre.

Allerdings trägt die Stadt die Risiken durch die über Jahre verzögerten Zuweisungen des Landes für Investitionen wie zum Beispiel des Brandschutzes (das Land erhält eine Feuerschutzsteuer und gibt sie nicht zeitnah an die Kommunen weiter, obwohl sie einen Anspruch darauf haben). Gleiches gilt im Übrigen für viele Maßnahmen. Auch leidet das Zahlenwerk unter den erst jetzt sichtbar werdenden Folgen des neuen LFAG. Hierzu hat Prof. Dr. Junkernheinrich vor dem Städtetag Rheinland-Pfalz im Oktober 2013 eindrucksvoll gesprochen und darauf hingewiesen, dass die den maroden kreisfreien Städten zufließenden Mittel zu Lasten derjenigen Städte gehen, die - wie Koblenz - ihre Hausaufgaben gemacht haben und sich auf einem guten Konsolidierungsweg befinden. Für Koblenz bedeutet dies 3,25 Mio. Euro weniger Schlüsselzuweisungen aus Mainz als ursprünglich erwartet. Ändert sich nichts, wird die Stadt Koblenz zukünftig mit noch erheblich höheren Verschlechterungen rechnen müssen. Hier ist das Land gefordert, endlich seinen Verpflichtungen nachzukommen!

Ernsthafte Bemühungen einer Kommune, aus eigener Kraft der Schuldenfalle zu entkommen, werden dadurch konterkariert. Dabei hätte gerade die Landeregierung jede Ursache, den Kommunen zu helfen, - schließlich trägt sie die Hauptverantwortung für die gegenwärtig desolate Lage der rheinland-pfälzischen Städte und Gemeinden -. Belastungen, die den Kommunen seitens des Landes in der Vergangenheit auferlegt wurden, sind immer stärker angewachsen. Krankenhausfinanzierung oder Kulturförderung - alles ursprünglich originäre Landesaufgaben - sind beispielsweise inzwischen ebenso Sache der Kommunen, wie der ehemalige Personalkostenanteil des Landes für die Kindertagesstätten. Es ist daher wenig

verwunderlich, dass die Kommunen im Land inzwischen über eine Rekordverschuldung von über 11 Milliarden Euro klagen. Zehn der 25 in Deutschland am höchsten mit Kassenkrediten verschuldeten Kommunen liegen leider in Rheinland-Pfalz. Die Pro-Kopf-Verschuldung von 2.921 Euro – heute war noch eine andere Feststellung in der Rhein- Zeitung zu lesen- liegt um fast 70 Prozent über dem Durchschnitt der kommunalen Schulden der anderen Flächenländer. Lediglich die saarländischen Gemeinden sind noch höher verschuldet.

Es ist daher unumgänglich, die Kommunen zu entlasten. Die rot-grüne Landesregierung musste zu dieser Einsicht jedoch durch das Urteil des Landesverfassungsgerichts vom 14. Februar 2012 erst von höchster Stelle gezwungen werden. Demzufolge war die bisherige Regelung verfassungswidrig und das Land nun verpflichtet, den Kommunen bis zum 1. Januar 2014 im Wege des Finanzausgleichs eine angemessene Finanzausstattung zu sichern.

Vollmundig hatte die Landesregierung im November 2012 daraufhin verkündet, den arg gebeutelten Kommunen im Rahmen der jüngsten Reform des Kommunalen Finanzausgleichs in den Jahren 2014 bis 2016 insgesamt 490 Millionen Euro zur Verfügung stellen zu wollen.

Jedoch handelt es sich dabei um nichts weiter als Taschenspielertricks. 440 der 490 Millionen Euro stehen den Kommunen nach der aktuellen Rechtslage ohnehin aufgrund der Steigerung des Finanzausgleichs zu. Somit werden ihnen nach den Plänen der Landesregierung, trotz einer von ausgewiesenen Kommunalexperten und Spitzenverbänden wie Prof. Dr. Junkernheinrich auf mindestens 900 Mio. Euro geschätzten Finanzierungslücke, lediglich 50 Mio. Euro zugestanden! Diese 50 Millionen Euro sind alles andere als der vom Landesverfassungsgericht geforderte „spürbare Beitrag“. Die Reform ist alles andere als ein großer Wurf, sondern letztlich nichts weiter als reine Augenwischerei. Die Chance den Kommunen nachhaltig zu helfen, ist vertan worden.

Demgegenüber hat sich die Bundesregierung tatkräftig darum bemüht, den Kommunen zu helfen und ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Zwar hat auch diese in der Vergangenheit den Kommunen wiederholt kostenintensive Aufgaben übertragen, inzwischen aber doch Einsehen gezeigt. Statt zuvor zu 75 Prozent, werden die Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nun zu 100 Prozent übernommen. Von diesen 165 Millionen Euro die hierdurch zusätzlich an die rheinland-pfälzischen Kommunen fließen, schlagen sich 11,8 Mio. Euro im Haushalt 2014 der Stadt Koblenz nieder – dies sind 10,3 Mio. Euro mehr als früher. Zusätzlich zu diesen 165 Mio. Euro werden die Städte und Gemeinden bald noch um weitere 145 Mio. Euro durch die Übernahme für die Eingliederungshilfe Schwerbehinderter

seitens des Bundes entlastet. 310 Millionen gegenüber 50 Millionen – deutlicher können die Zahlen nicht sein.

Nach einem Einbruch des Steueraufkommens, insbesondere der Gewerbesteuer, von 109 Mio. Euro in 2008 auf lediglich 70 Mio. Euro in 2009, ist die Einnahme in 2012 auf 102 Mio. Euro gestiegen und weist im Nachtrag 2013 sogar 125 Mio. Euro aus. Dieser Betrag wurde im Wesentlichen durch sehr hohe Nachzahlungen für die Vorjahre beeinflusst. Die Entwicklung für 2014 folgende muss daher mit einem Fragezeichen versehen werden. In diesem Zusammenhang spricht sich die CDU – Fraktion vehement gegen die Bestrebungen der Landesregierung aus, die Steuerfestsetzung und Erhebung von den Kommunen weg auf die Finanzämter zu übertragen und die Städte damit in neue finanzielle Abhängigkeiten zu bringen. - Ein Schelm, der Böses dabei denkt -.

In dem vorliegenden Haushaltsentwurf findet sich die CDU – Fraktion mit ihren Schwerpunktthemen wieder. Für die Bildung gilt insbesondere:

- die Schulsozialarbeit, die bisher vom Bund finanziert wurde, das Land aber keine Übernahme vorsieht und somit wieder die Kommunen in die Pflicht nimmt. Es ist aus unserer Sicht eine in die heutige Zeit passende „unabweisbare Pflichtaufgabe“, – die dauerhaft gesetzlich verankert werden sollte
- die NAWIS (Naturwissenschaftliche Räume)
- das Integrationskonzept mit den B2 Kursen - führt zur Entlastung des Arbeitsmarktes
- das Schulnetz
- die Sanierung und Renovierung der Schulgebäude und Klassenräume
- die Ersatzsporthalle der Regenbogengrundschule, deren schnelle Realisierung wir besonders loben.

Für die Jugend:

Ein Schwerpunkt der CDU – Fraktion war der Ausbau der Kindertagesstätten, insbesondere der U3-Ausbau sowie die Ganztagsplätze. Die Stadt Koblenz konnte die Bedarfsabdeckung von 39% erreichen. Insgesamt wurden in den letzten Jahren rund 18 Mio. Euro investiert. In die Jugendbegegnungsstätten und KiTas wurden in den letzten Jahren ebenfalls 13 Mio. Euro investiert. Zwei Großprojekte wurden besonders forciert: die KiTa Boelcke und die KiTa auf dem Oberwerth mit sehr guten Konzepten. Die Trägervielfalt führt zu guten verschiedenen

Konzepten, natürlich auch in den städtischen Kindertagesstätten. Als großer Arbeitgeber liegt es aber auch in der Verantwortung der Stadt, KiTa- Plätze vorzuhalten – getreu dem Motto „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“. Eine weitere Spielfläche wurde im Neubaugebiet Asterstein II eingerichtet, neben den tollen Spielplätzen, die zum Buga- Erfolg beitrugen.

Im Bereich Soziales:

Dort ist besonders heraus zu heben, dass es wieder Zuschüsse aus dem Bund-Länder-Programm für die „Soziale Stadt“ Am Luisenturm und in Lützel gibt. Aber nicht minder wichtig sind auch Infrastrukturprojekte, wozu für uns die endlich in die Gänge kommende Nordtangente gehört und somit der Nachfrageboom nach Grundstücken im Bereich Gewerbegebiet Metternich Nord steigt. Dies führt zur Sicherung von Arbeitsplätzen. Gesicherte Arbeitsplätze führen für die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen automatisch auch zu einer erhöhten Nachfrage nach Wohnraum. Das Wohnraumversorgungskonzept bedarf noch einer zeitnahen Verbesserung. Dies kann nicht alleine Aufgabe unserer städtischen Gesellschaft, der Koblenzer Wohnbau, sein, die zurzeit für zusätzliche Wohnungen für Senioren/innen und Studenten/innen sorgt. Der freie Wohnungsmarkt muss sich auch bewegen.

Zu einer lebenswerten Stadt gehören neben den „harten, wirtschaftlichen“ Faktoren auch die Freizeitangebote wie Vitale Innenstadt, Kultur, Soziales, Natur und Sport. Deshalb dürfen zum Beispiel die Belange des Sportes nicht geopfert werden. Die Metternicher Sportvereine müssen auch künftig vor Ort präsent sein und Sport treiben können. Wir wollen deutlich machen, dass Erlöse aus dem Verkauf von Sportstätten unmittelbar oder mittelbar dem Sport zu gute kommen müssen. Gleiches gilt für den Verkauf des Geländes Stadtbad in der Weißer Gasse. Mit Nachdruck setzen wir uns daher für den Neubau eines städtischen Hallenbades ein. Die Gesundheit unserer Bevölkerung sollte es uns wert sein.

Der Sport ist eine gute Überleitung zu unserem Dauerthema „freiwillige Leistungen“. Auch die ADD muss akzeptieren, dass der Ministerratsbeschluss vom Oktober 1995 zur Behandlung freiwilliger Leistungen bei einem unausgeglichenen Haushalt weiterhin Bestand hat. Es handelt sich bei der angemessenen finanziellen Unterstützung für Vereine mit eigenen Sportstätten gerade „nicht“ um freiwillige Leistungen, sondern sie sind als „unabweisbar“ anzusehen.

Unter diesem Gesichtspunkt ist der Haushalt aufgestellt. Die 75% Förderung darf auf Dauer nicht das Ende der Fahnenstange sein. Das Gleiche gilt auch für die Kultur und die Jugendarbeit.

Der Landesjugendhilfe – Ausschuss hat bereits im Februar 2013 festgestellt:

1. Jugendarbeit entfaltet wichtige Wirkungen in der Gesellschaft; sie fördert Integration, fördert demokratisches Bewusstsein, wirkt präventiv, gestaltet und fördert soziales Zusammenleben und sichert im demografischen Wandel die Zukunftsfähigkeit der Kommunen.
2. Jugendarbeit ist Pflichtaufgabe!

Das Ganze hat auch mit Planungssicherheit für alle Organisationen im Bereich freiwilliger Leistung zu tun. Der Einsatz der zahlreichen ehrenamtlich Tätigen in allen gesellschaftlichen Bereichen des Lebens verdient unsere Anerkennung und Unterstützung. Wir dürfen nicht verkennen, dass das Ehrenamt in der Freizeit stattfindet. Ehrenamt ist ein wichtiger Grundpfeiler unserer Gesellschaft und muss es auch zukünftig bleiben. Im Übrigen ist ehrenamtlicher Einsatz ein nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor. Man kann das Ehrenamt nicht nur am „Sonntag loben und montags im Regen stehen lassen“, dies gilt für die Kultur, Soziales, Jugend und Sport.

Und bei der Gelegenheit möchte ich einen besonderen Dank an die Schiedspersonen aussprechen, ebenfalls Ehrenamtler.

Auch andere segensreiche Einrichtungen sollen nicht unerwähnt bleiben, wie die ehren- und hauptamtlichen Mitglieder des „Kriminalpräventiven Rates“ mit ihrem Projekt „Saubere und sichere Stadt“, der Seniorenbeirat, der Jugendbeirat und ganz besonders zu erwähnen den „Beirat für Migration und Integration“ mit seinem rührigen Vorsitzenden Vito Contento.

Nicht vergessen möchte ich die Kultur:

Die CDU – Fraktion hat gegen die Gebührenerhöhung für die Kultureinrichtungen gestimmt, da sie der Meinung ist „ nicht Erhöhungen für den Bürger und die Bürgerin ist sinnvoll, sondern die Einsparung im Haushalt führt zum Erfolg“. Und bei dem Stichwort Einsparung sollte nicht unerwähnt bleiben, dass es bei der Er- und Einrichtung des Kulturbaues „Forum Confluentes“ zu Einsparungen von 4,3 Mio. Euro gekommen ist. Nach den Erfahrungen bei der Rhein-Mosel-Halle kann man nur sagen „geht doch“. Die Besucherzahlen in allen

Einrichtungen geben den Befürwortern Recht und bestätigen das JA zum Kulturbau. Ein besonderes Dankeschön an alle Beteiligten, die zum Gelingen beigetragen haben.

Von der Kultur zur Touristik. Auch dort gibt es Positives zu berichten:

Die CDU hat sich nachhaltig für die Wasserraumbewirtschaftung eingesetzt, was zu erheblichen Einnahmeverbesserungen in den nächsten Jahren führt. Die Liegegebühren für Schiffe hartnäckig zu fordern, trägt Einnahmefrüchte. Gleiches gilt für den Campingplatz mit der geforderten Aufständigung der Container ab 2014. Auch diese Maßnahme erspart Arbeit und Mühen und bringt Einnahmen. Der Erhalt der Seilbahn bis 2026 und die Einbindung in den öffentlichen Personennahverkehr wäre ein attraktives Angebot für die Koblenzer und Koblenzerinnen sowie für die Touristen. Mit vielen guten Ideen trägt der Eigenbetrieb zur Attraktivität und der Tourismusförderung bei. Sie sehen: „Die Stadt Koblenz hat einen tollen Chor, in dem viele Stimmen zum Einsatz kommen“.

Kein „Klagelied“ muss die Stadt beim Hochwasserschutz anstimmen, da die Arbeiten einem erfolgreichen Abschluss für die Stadtteile Lützel, Neuendorf und Wallersheim entgegen gehen, auch Dank der Landesunterstützung von 90%.

Unter der Maßgabe des Eckwertebeschlusses – keine neuen Maßnahmen – außer rentierlich, wirtschaftlich oder unabweisbar -, haben folgenden Projekte Aufnahme in das Zahlenwerk mit Plan und Umsetzung in Haushalt 2014 gefunden:

- der Ausbau Gehweg Layer Berg, Sicherung der Verkehrssicherheit
- die Bahnunterführung südliche Vorstadt, Angstrum und ohne Barrierefreiheit
- der Grunderwerb für den Ausbau Gehweg Anderbachstraße in Rübenach.
- Die Planung für 28 Häuser in der Lehmkaul, ein lang gehegter Wunsch der Niederberger, soll vorgezogen werden und wird bei entsprechender Bearbeitung laut Verwaltung im Nachtragshaushalt 2014 Einzug finden.
- Die Änderung der Verkehrsführung der Kreuzung Andernacher/Eifelstrasse sollte erfolgen und würde zu Einnahmeverbesserungen bzw. Ausgabeersparnissen in Höhe von 500.000 € führen.

Nach vielem Positiven – nun noch eine Bitte: Die Radwege und Radverkehrsmaßnahmen in Koblenz verdienen mehr Aufmerksamkeit und Betreuung in 2014. In diesem Zusammenhang ist darauf zu achten, dass die Bedürfnisse der Radfahrer nicht zu kurz kommen, wenn unsere

Brücken sachgerecht und fahrradfreundlich saniert werden. Der Masterplan „Brücken“ - für eine Stadt an 2 Flüssen lebensnotwendig – führt zu einem 100 - Millionen - Euro – Einsatz. Aber eine Stadt wie Koblenz braucht nicht nur Brücken für ihre verkehrliche Erreichbarkeit. Sie muss auch Brücken bauen in – die Wirtschafts- und Unternehmerschaft. Alleine die Umbenennung der Aufbau GmbH in eine Wirtschaftsförderungsgesellschaft ist noch nicht der Weisheit letzter Schluss. Dieses „Geschäft“ steht und fällt mit den agierenden Personen. Meine Fraktion hofft, dass auch unter der neuen Leitung das Amt für Wirtschaftsförderung und die GmbH erfolgreich tätig sein werden. Bei der wirtschaftlichen Ausrichtung der Stadt darf nicht unerwähnt bleiben, dass unsere Gesellschaften mit Millionenbeträgen an Gewinnausschüttungen (EVM mit Stadtwerken 9,4 Mio. €, KEVAG mit Dividendenanteile an die Koblenz - Touristik, die Aufbaugesellschaft mit 450.000 € und die Koblenzer Wohnbau – Betrag ist noch offen -) die Stadt bei der Reduzierung des Defizits im Haushalt unterstützen. Nicht unerwähnt bleiben darf die Fusion von EVM und KEVAG. Weitere Fusionen stehen in 2014 an.

Hiermit schließt sich der Kreis zum Beginn meiner Rede:

Es gibt keinen Grund sich auszuruhen – wer rastet, der rostet – sondern es muss Ansporn bleiben sich den Zukunftsaufgaben zu stellen, getreu dem Motto „Koblenz verwandelt“.

Oscar Wilde äußerte schon im 19. Jahrhundert:

„ Das Durchschnittliche gibt der Welt ihren Bestand, das Außergewöhnliche ihren Wert.“

Eine Anmerkung zu den Haushaltsberatungen möchte ich aber doch noch machen: Diese sind so harmonisch und humorvoll wie schon seit Jahren nicht mehr verlaufen – Konsequenz aus dem Eckwertebeschluss - ? Viele Dinge wurden mehrheitlich beschlossen und begründete Ausnahmen haben dann aber ihren Weg in den Haushaltsplan gefunden. Ich möchte mich an dieser Stelle natürlich auch bei der Verwaltung recht herzlich bedanken, denn Rat und Verwaltung bilden in diesem Fall eine Einheit.

Die CDU hat dem Haushalt immer zugestimmt – so auch heute - zum jetzigen Stand.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

Anlage 2

zu der Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates
am 13.12.2013 – Punkt 7 ö.S. –

E t a t r e d e 2 0 1 4 des Ratsmitgliedes Christian Altmaier namens der SPD-Fraktion

Herr Oberbürgermeister,
meine Damen, meine Herren aus dem Stadtvorstand,
liebe Ratskolleginnen und Kollegen,
liebe Bürgerinnen und Bürger,

die SPD- Fraktion stimmt dem Haushalt zu!

Ich könnte es jetzt dabei belassen, erlauben Sie mir aber trotzdem noch ein paar Anmerkungen zu machen. Zum einen wollen wir doch in Erinnerung rufen:

Frau Sauer hat den 1995 gefassten Ministerratsbeschluss bereits erwähnt; dankenswerter Weise ist der SPD- Fraktion dieser noch mal in Erinnerung getreten und hat diesen dem Oberbürgermeister weitergeleitet mit der Bitte um Prüfung, ob denn das auch noch dieser Tage gelte. Von daher haben wir hier ein Stück mitarbeiten können, so wie wir auch insgesamt am Haushalt 2013 intensiv mitgewirkt haben, um diese Zustimmung geben zu können. Wir haben schon die eine oder andere Haushaltsberatung miteinander gehabt. Dieses Jahr war es besonders schön. Herr Oberbürgermeister, ich glaube Sie sind in Ihrem Amt in Koblenz angekommen und kämpfen nicht mehr so verbissen um jeden Euro, der den Haushalt vermeintlich rettet. Herzlicher Dank an Sie und die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der gesamten Verwaltung für diese Haushaltsberatungen. Da können wir dann 2014, sofern der Wähler das will und ich hier dann noch mal sein darf und die Kolleginnen und Kollegen, daran weiterarbeiten. Ein Rückblick in 1994 sei erlaubt; wie war es vor rund 20 Jahren in unserer Stadt:

- keine Gewerbeflächen, die angeboten werden konnten
- Abwanderung von Unternehmen
- Verhinderungen von Ansiedlungen war die Konsequenz, zum Beispiel beim Paketzentrum der Deutschen Post, die nach Neuwied gegangen sind

Seit 1994 hat diese Stadt eine enorme Veränderung gehabt. Wir haben Koblenz weiter gut gestalten können. Die Bundesgartenschau 2011 und damit einhergehend auch die Gestaltung des Zentralplatzes haben wir gemeinsam mit anderen Fraktionen mit auf den Weg gebracht und beschlossen und auch immer auch zu diesen Entscheidungen gestanden; auch als manche mit dem Zentimetermaß 6000 Quadratmeter Platzfläche nachgemessen haben. Trotzdem haben wir gesagt, die Entscheidung ist richtig. Und deshalb ist Koblenz auch, und das möchte ich gerne noch mal wiederholen, die einzige westdeutsche Stadt meines Wissens nach, wo Sie vom Hauptbahnhof zu den touristischen Landmarken über neue Gehwege und Straßen gehen und fahren können. Das sind Konsequenzen aus der Entscheidung zur Buga und der Entscheidung zum Zentralplatz. Es fehlt jetzt noch die Clemensstraße zwischen dem Deinhardplatz und dem Zentralplatz und den anderen Bereichen. Aber daran können wir noch arbeiten, dass wir diese gut gestalten werden. Die Ausgangslage ist also für Koblenz, im Gegensatz zu anderen rheinlandpfälzischen Städten, ausgesprochen gut, in dem Städteranking noch weiter aufzusteigen. Das ist ein Beleg für die gute Arbeit in den letzten 20 Jahren, die von den Oberbürgermeistern gemeinsam mit dem Rat auf den Weg gebracht wurden sind und abgearbeitet worden sind. Ich will auch noch mal in diese Prognos Studie einsteigen, weil das sehr interessant ist. 2004 war Koblenz noch eine Stadt, die einen ausgeglichen Chancen- und Risikenmix hatte. 2007 und 2010, wo wir dann von Platz 146 in 2004, auf Platz 126 in 2007 und auf Platz 104 in 2010 aufgestiegen sind, waren wir dann eine Stadt mit Zukunftschancen. Die Koblenzer wissen das, die Investoren und mögliche Stellenbewerber konnten dies dann auch nachlesen. In 2013 ist Koblenz auf Platz 71 gelandet von 402 Städten und damit eine Stadt mit hohen Zukunftschancen. Dies ist auch Beleg dafür, was an entsprechenden Beschlüssen hier in Koblenz vom Rat gefasst worden ist. Der Haushalt dient ja genau dazu, zu überprüfen welche Investitionen tätigen wir, welche Beschlüsse fassen wir und bei diesen Studien ist es auch wichtig zu sehen, welche Indikatoren sind Auslöser dafür, dass Koblenz nach oben geklettert ist und welche, dass eine Stadt wie Trier, von Platz 167 nach oben gegangen und in 2013 wieder nach unten gegangen ist auf Platz 161. Dass heißt wir haben einiges Richtig gemacht und die Trier haben noch einige Hausaufgaben zu machen. In dieser Prognos Studie wird auch über die Dynamik gesprochen. Dort sind wir auf Platz 58 von 402.

Unter der Dynamik, unter diesen Indikatoren ist die Bevölkerungsentwicklung maßgebend. Die SPD- Fraktion hatte dazu den Antrag auf Einführung einer Zweitwohnungssteuer gestellt. Dieser habe nicht nur dazu geführt, dass der Haushalt ein wenig entlastet wurde und es zusätzliche Einnahmen gegeben hat, auch die Einwohnerzahlen selbst sind gestiegen. Mit jetzt fast 110.000 Einwohnern sind wir in der Dynamik daher aufgestiegen. Beim Arbeitsmarkt, Frau Sauer hat es bereits gesagt, haben wir den Platz 9 erreicht. Auch dort sind wir also nach oben gestiegen. Das ist nicht vom Himmel gefallen, nein, dass ist auch eine Konsequenz der guten Wirtschaftsförderung, die in den letzten Jahren hier in Koblenz stattgefunden hat. Wir haben es tatsächlich geschafft!

1994 gab es noch keine Flächen für Gewerbeunternehmen- jetzt können wir auskömmlich Gewerbeflächen anbieten, für Unternehmen die bereits in Koblenz sind, und die ihren Standort sichern und erweitern wollen oder wenn Unternehmen nach Koblenz kommen wollen und neu ansiedeln möchten. Das zeigt, dass auch clevere Lösungen gefunden werden, um entsprechend große Arbeitgeber wie die Compugroup auch in Koblenz zu halten. Das gleiche gilt auch für Stabilus, Verlegung Wallersheimer Weg- das ist alles sehr rasch über die Bühne gegangen. Wenn die DebeKa, Ikea oder andere Unternehmen etwas in Koblenz machen wollen, dann steht die Wirtschaftsförderung bereit. Dies ist Anerkennung wert.

Wir haben es auch nicht versäumt nach der Konversion, zu überlegen, wie wir diese Stadt weiterentwickeln wollen. So haben wir heute über 10.000 Arbeitsplätze im IT- Bereich. Auch dies ist der Wirtschaftsförderung geschuldet, die mit der Gründung des Vereines „IT- Stadt Koblenz“ und mit den Maßnahmen wie dem Neubau des TZK an der Universität in Koblenz- Metternich, dazu geführt hat, dass Kluge Köpfe, die wir hier in Koblenz ausbilden, Unternehmen grünen und auch in Koblenz bleiben können. Wenn man mit den Unternehmen spricht, dann besteht hohe Zufriedenheit, eine hohe Bereitschaft in Koblenz zu bleiben und vor allem der Vorteil, dass hier dann die Arbeitskräfte preiswerter zu haben sind, als in größeren Städten, wo Arbeitskräfte höhere Gehälter einfordern wenn sie bei einem Start- Up Unternehmen anfangen.

Wir haben allerdings einen Nachteil, auch den hatte Frau Sauer schon angesprochen, die Initiative „Sicherheit in unserer Stadt“. Warum zunächst ein Nachteil? Es wird die Kriminalitätsstatistik verändert – leider zum Negativen. Wenn eine Sachbeschädigung oder Vandalismus in der Altstadt stattfindet, wird das eben entsprechend in dieser Statistik aufgeführt und wir liegen hier nur auf Platz 150. Aber es ist gut so, dass wir entsprechend sauber und schnell diese Verschandelungen beseitigen. Daher auch einen herzlichen Dank an das Team rund um Herrn Edgar Mannheim, die eben entsprechend sehr schnell aktiv sind.

Das geht nur, wenn wir motivierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in den Eigenbetrieben und Ämtern haben.

Wir können nur hoffen, dass wir die Ziele, die wir uns mit dem Kulturbau gesteckt haben, erreichen. Die Ausgangslage ist gut. Die BUGA hat dazu geführt, dass wir steigende Übernachtungszahlen haben, dass wir mit dem Eigenbetrieb Koblenz- Touristik auch ein motiviertes Team haben, gute Veranstaltungen durchzuführen, mit dem Koblenz Congress und der Rhein- Mosel- Halle auch entsprechenden Wettbewerb der Kongressstädte arbeiten können. Auch das trägt dazu bei, dass der Standort Koblenz bekannter wird. Wir haben neben der Investition in die Rhein- Mosel- Halle auch in andere Infrastrukturmaßnahmen investiert. Ich hatte die Gelegenheit bei einer Veranstaltung an der WHU teilzunehmen, wo Stefan Schulte, der Vorstandsvorsitzende von FRAPORT gesprochen hat. Er hat gesagt, es sei wichtig, dass konsolidiert wird aber vor allen Dingen auch das investiert wird. Denn ansonsten habe man indische Verhältnisse was Straßen und Brücken angehe. Das machen wir nicht, wir sanieren unsere Brücken. Auch hier geht ein Dank an die Kollegen des Tiefbauamtes, die sich um die Brücken gekümmert haben. Zum Beispiel, dass die Sanierung der Balduinbrücke auch unter Budget geblieben ist und im Zeit- und Kostenplan saniert werden konnte.

Eine ganz entscheidende Maßnahme ist neben der Bundesgartenschau- der Zentralplatz. Der Beschluss, dass die Buga kommt war gekoppelt an die Sanierung und die Veränderungen am Zentralplatz. Ohne die Entscheidung für den Zentralplatz hätten wir heute noch das was viele Jahrzehnte dort stand- das Quellehaus und dieses Loch. Jetzt haben wir eine pulsierende Stadtmitte. Es war eine mutige Entscheidung- es war eine richtige Entscheidung, bis auf den offiziellen Namen. Und der Zuspruch der Bevölkerung und der Touristen ist hoch. Die Zahlen sind uns vorgestellt worden. In der Bibliothek haben wir 12.800 aktive Kunden, im Vorjahr waren es nur 9370. Wir haben über dreieinhalb tausend Neuanmeldungen in der Bibliothek. Wir haben tausend Besucher am Tag, 160.000 Besuche seit die Bibliothek im Kulturbau an diesem einen Standort vereinigt wurde. Und die hohe Ausleihe belegt letztlich auch (200.000 Ausleihen seit Juni 2013), dass viele Regale leer sind. Jetzt ist es Aufgabe der Politik, die hohe Nachfrage auch mit einem Angebot zu decken. Wir haben derzeit 150.000 Medien in dieser Bibliothek im Bestand. Das reicht bei Weitem nicht. Man sagt nach dem Bibliothekenindex, der die Vergleichbarkeit zwischen den Bibliotheken herstellt, dass pro Einwohner 2 Medien vorgehalten werden sollen. Derzeit haben wir 150.000 Medien, bei

110.000 Einwohnern fehlen also 70.000 Medien. Ein Drittel von diesen 150.000 sind immer ausgeliehen und 10% müssen jedes Jahr erneuert werden. Das würde bedeuten, dass in diesem Jahr 15.000 neue Medien benötigt würden. Der Medienbestand ist auch der Garant des Erfolges der Bibliothek und deswegen sollten wir da auch sehr behutsam mit umgehen, dass wir der Bibliothek die Möglichkeit geben weiterhin erfolgreich zu arbeiten. Es soll nicht in drei Jahren heißen, dass der Kulturdezernent schuld ist, dass die Ausleihezahlen zurückgegangen sind und weniger Mitglieder bei der Bibliothek angemeldet sind. Das haben wir in der Hand. Aufgrund der Buchpreisbindung, wo es maximal 10% Rabatt gibt, fehlen also die Medien in Höhe von 70.000, was ca. 1,4 Millionen ausmacht. Es ist eine Investition in Bildung, das ist eine Investition in Lesekompetenz und wir haben noch zu Schultern die Investitionen in dem Trend der E-Books, was auch von dieser Bibliothek erreicht werden soll.

Insofern beantragen wir, dass der Anschaffungsetat unserer Bibliothek um 70.000 € erhöht wird und wir dann in 2014 250.000 € insgesamt an Medien anschaffen können und insbesondere auch diesen Trend der E-Books, was nicht gerade billig ist, auf den Weg bringen können. Wir bitten da um Zustimmung, damit auch die Bibliothek in Zukunft einen so hohen Zuspruch hat und der Kulturbau mit Leben gefüllt ist.

Und auch im Mittelrhein Museum ist es so, dort ist endlich mehr Platz, für das was entsprechend die städtische Kunstsammlung hat. Eine attraktive Dauerausstellung konnte geschaffen werden. Nur diese Dauerausstellung ist natürlich auch nicht der Garant dafür, dass weiterhin steigende Besucherzahlen zu verbuchen sind. Wir haben 16.000 seit ein paar Monaten im Kulturbau dort begrüßen können. In 2010 waren es nur 8391. Wenn wir jetzt nicht das Geld in die Hand nehmen, dass attraktive Wechselausstellungen kommen, droht auch da der Trend, dass wenn die Dauerausstellung gesehen wurde, weniger Menschen kommen. Die lange Nacht der Museen, auch ein SPD- Antrag, hat auch dazu geführt, dass wir mehr Besucherinnen und Besucher im Museum haben und für die weitere Attraktivität des Mittelrheinmuseums ist es unabdingbar, dass wir die Wechselausstellungen möglich machen und dort beantragen wir 40.000 €, um entsprechende Wechselausstellungen hier hin transportieren zu können. Denn unsere städtische Kunstsammlung ist gut, aber auch nicht in einem so guten Zustand, dass wir alles zeigen können, deswegen ist auch der Restaurator unentbehrlich für eine gute Zukunft des Mittelrheinmuseums. Insgesamt sind beim Kulturbau die Aufgaben sehr gut gelöst worden. Wir haben noch einiges vor uns. Wir bitten inständig darum, dass wir gemeinsam eine vernünftige Lösung finden, was den Kulturbaumanager

angeht. Dass da Jemand ist, der nicht nur weiß wie man als Hausmeister Tätigkeiten erledigt, sondern der auch für das Gebäude brennt und arbeitet, damit der Besuch und die Veranstaltungen dort ein Erfolg werden. Und der Kulturbau insgesamt, das ist ein Stück sehr guter Verwaltungsarbeit. Sie haben, Herr Oberbürgermeister, mit dem von Ihnen initiierten Jour- Fix dazu beigetragen, dass dieses Projekt so gut abgearbeitet wurde, dass die Verwaltung insgesamt sehr stark gemeinsam gearbeitet hat und dass wir 4,3 Millionen Unterplan sind vom Budget, was der Stadtrat beschlossen hat. Ich glaube, dass so richtig wahrgenommen zu haben, dass Sie Herr Oberbürgermeister, das Projekt am Anfang nicht ganz so gut fanden, aber wie wenn man einen Hund im Tierheim adoptiert bzw. sich holt, haben Sie diesem Kulturbau Ihre Liebe geschenkt. Das ist sehr zu begrüßen. Diese Leidenschaft, die Sie dort gezeigt haben, zeigen Sie auch bei dem Projekt Tierheim und das finde ich sehr gut. Sie bringen sich ein für wichtige Projekte und mit ihren Möglichkeiten als Oberbürgermeister bringen Sie sich ein, auch durch den besonderen Hinweis bei der Einladung zum Wirtschaftsempfang. Diese Leidenschaft, auch des Stadtvorstandes, nehmen Sie sich dran ein Beispiel. Es würde mich sehr freuen, wenn Sie, Frau Bürgermeisterin, sich bezüglich der Metternicher Sportvereine, ein Beispiel nehmen würden an unserem Herrn Oberbürgermeister. Laden Sie zu einem Jour- Fix ein, um den Sportplatz Metternich Wirklichkeit werden zu lassen, weil da harkt es doch; zwischen Sportamt, Wirtschaftsförderungsamt und der STRUEG fehlt es an Kommunikation. Da bitten wir herzlich darum, nehmen Sie sich der Sache an. Ich glaube die Metternicher Ratsmitglieder helfen Ihnen da gerne dabei. Und auch an einem Projekt sind wir noch nicht soweit, ich bitte Sie, Herrn Prümm, auch das Projekt Trierer Straße- Oberdorfstraße, auch dort haben wir noch Planungsmittel in den Haushalt einbringen können, das fehlte in der Aufzählung, dass entsprechend diese Kreuzung, an der ein Kind als es vor den Bus gelaufen ist, den Tod gefunden hat und der Buslenker über diesen Unfall aus dem Leben getreten ist, da brauchen wir eine Lösung. Das ist genauso ein schwieriges Thema wie bei der Layer Sporthalle- der Bürgersteig. Und auch da bitte ich Sie, Herrn Prümm, bitten nehmen Sie sich das vor, das dort in diesem Jahr 2014, über das wir hier im Haushalt beraten, entsprechend die Dinge abgearbeitet werden mit Leidenschaft und Engagement.

Meine Damen, meine Herren,

entschuldigen Sie mir meine Leidenschaft, ich würde Ihnen die Ihre auch entschuldigen.

Vielen Dank!

Anlage 3

zu der Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates
am 13.12.2013 – Punkt 7 ö.S. –

E t a t r e d e 2 0 1 4

des BIZ- Fraktionsvorsitzenden Stephan Wefelscheid
namens der BIZ-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

zu Beginn dieser Wahlperiode oblag es mir, für die BIZ-Fraktion die Haushaltsrede zum Haushalt 2010 zu halten. Der Ergebnishaushalt wies damals ein Defizit von über 72 Millionen Euro aus, im Finanzhaushalt klaffte damals ein Finanzmittelfehlbetrag von sage und schreibe 103 Millionen Euro! Die Ursachen dieser Entwicklung lagen zum einen an den von der Stadt Koblenz so gut wie nicht beeinflussbaren Rahmenbedingungen, wie

- dem konjunkturbedingten Einbruch der Gewerbesteuer auf der Einnahmenseite,
- den steigenden Kosten für Pflichtaufgaben im Jugend- und Sozialbereich,
- bei gleichzeitig mangelhafter Finanzausstattung durch Land und Bund sowie steigenden Personal- und Versorgungsaufwendungen auf der Ausgabenseite.

Im Rahmen der damaligen Haushaltsberatungen wurde zum anderen aber auch deutlich, dass die Stadt Koblenz zu Beginn dieser Wahlperiode strukturell überhaupt noch nicht auf die zu bewältigende Aufgabe einer kommunalen Haushaltskonsolidierung vorbereitet und ausgerichtet war. Mit der heutigen HH-Rede möchte in der gebotenen Kürze aufzeigen, was sich seit dem Beginn dieser Wahlperiode geändert hat und zu welcher politischen Bewertung diese Entwicklung bezüglich der Verabschiedung des Haushaltsentwurfes 2014 aus unserer Sicht führt.

I.

Der vorliegende Haushaltsentwurf weist im Ergebnis einen Jahresfehlbetrag von rund 21,5 Mio. € aus. Ursächlich dafür ist allem der Teilhaushalt Jugend und Soziales, der mit rund 72,8 Mio. € den höchsten Zuschussbedarf ausweist. Maßgeblichen Anteil daran hat das Produkt Grundversorgung und Hilfen gemäß SGB XII. Die seit Jahren kontinuierlich gestiegenen Aufwendungen im Sozialbereich bei gleichzeitig mangelhafter Finanzausstattung durch Land und Bund sind neben den umfangreichen Investivprojekten der jüngsten Vergangenheit eine wesentliche Ursache für die Verschuldung der Stadt, die inzwischen eine kritische Höhe von 520 Mio. € erreicht hat. Mit dem Problem zu hoher Verschuldung stehen wir im Vergleich mit anderen deutschen Großstädten allerdings nicht alleine da:

Dem kommunalen Finanzreport der Bertelsmann Stiftung zufolge, ist die Gesamtverschuldung der Städte und Gemeinden zwischen 2007 und 2011 von 111 Milliarden Euro auf 130 Milliarden € gewachsen!

Die Gesamtverschuldung der Kommunen in Rheinland-Pfalz betrug zum Stichtag (31.12.2011) rund 11,4 Milliarden Euro. Das sind über 6,6 Milliarden mehr als 2007. Die Kassenkredite stiegen von 3,3 auf 5,6 Milliarden Euro. Sie machen mittlerweile die Hälfte aller kommunalen Schulden aus. Unter den 20 Kommunen mit den höchsten Kassenkreditschulden deutschlandweit kamen zum Stichtag 31.12.2010 insgesamt 8 aus Rheinland-Pfalz.

Prof. Dr. Junkernheinrich, eben schon von Frau Sauer zitiert, kam in seinem Vortrag vor der Enquete-Kommission „Kommunale Finanzen“ des Landtages zu dem Ergebnis, dass die strukturelle Finanzierungslücke der rheinland-pfälzischen Kommunen bei ca. 900 Mio. Euro liegt; 900 Mio. jährlich untergedeckter Zuschussbedarf im Pflichtaufgabenbereich! Angesichts dieser dramatischen Situation wurde das Land im Februar 2012 vom Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz verurteilt, für eine bessere Finanzausstattung der Kommunen zu sorgen. In den Leitsätzen zum Urteil heißt es:

1. Art. 49 Abs. 6 LV verpflichtet das Land, den Kommunen im Wege des Finanzausgleichs eine angemessene Finanzausstattung zu sichern. Diese muss neben der Erfüllung zugewiesener grundsätzlich auch die Wahrnehmung frei gewählter Aufgaben ermöglichen.

2. Der Gesetzgeber hat die signifikant hohen Sozialausgaben als wesentliche Ursache der kommunalen Finanzprobleme bei der Bemessung der Finanzausweisungen nicht angemessen berücksichtigt.

3. Das Land hat im Rahmen der Neuregelung einen spürbaren Beitrag zur Bewältigung der kommunalen Finanzkrise zu leisten. Dieser muss jedenfalls auch in einer effektiven und deutlichen Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung bestehen. Daneben kommt eine Entlastung der Kommunen auf der Ausgabenseite durch Aufgabenrückführung oder die Lockerung gesetzlicher Standards in Betracht.

Zusammengefasst-

Die Aufgabe an den Landesgesetzgeber war also klar formuliert:

1. Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung
2. Aufgabenrückführung

Wenden wir uns Punkt eins zu, der Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung:

Der Landtag hatte im Oktober mit den Stimmen von rot/grün das Landesfinanzausgleichsgesetz mit dem Ziel geändert, die rheinland-pfälzischen Kommunen finanziell zu entlasten.

Aber: Laut Berechnung des Gemeinde und Städtebundes Rheinland-Pfalz beträgt die von rot/grün beschlossene Aufstockung der Finanzausgleichsmasse insgesamt gerade einmal 50 Mio. €. Das sind 850 Mio. € weniger, als es zum Ausgleich der strukturellen Lücke in den Kommunalfinanzen bedurft hätte. Das Ergebnis dieser rot/grünen Gesetzesänderung trifft die Stadt Koblenz hart: Bei der Einbringungsrede des Oberbürgermeisters vom 31.10.13 ging der Haushaltsentwurf im Ergebnis noch von einem Defizit von 18,7 Mio. € aus. Bei den Haushaltsberatungen wurde uns dann mitgeteilt, dass sich die Schlüsselzuweisungen des Landes gegenüber der ursprünglichen Planung im Ergebnis um etwa 2,1 Mio. € verschlechtern! Besonders gravierend ist die Veränderung der Schlüsselzuweisung B2, mit welcher ein finanzieller Ausgleich zwischen der Finanzkraft einer Kommune und dem Finanzbedarf erfolgen soll. Nach dem neuen LFAG ist es so, dass künftig die Kommunen keine Schlüsselzuweisung B2 erhalten, bei denen die Finanzkraft über dem Finanzbedarf liegt.

Im Ergebnis bedeutet das, dass die Kommunen, die z.B. wie Koblenz die Gewerbesteuer oder die Grundsteuer erhöhen und sparsam haushalten und somit ihre Finanzkraft auch zu Lasten der ortsansässigen Gewerbetreibenden und Grundbesitzer erhöhen, keine Schlüsselzuweisung erhalten, während Kommunen, die keine finanzkraftsteigernde Maßnahmen ergreifen und deren Finanzbedarf über der Finanzkraft liegt, zum Ausgleich Schlüsselzuweisungen B2

erhalten. Das nennt man im Ergebnis dann rot/grüne Anreizpolitik, der Länderfinanzausgleich lässt grüßen! Wenn sich nichts ändert, wird Koblenz im Jahr 2015 sogar eine Verschlechterung gegenüber der ursprünglichen Planung von insgesamt mehr als 7 Millionen Euro im Haushalt einplanen müssen.

Für die BIZ-Fraktion ist deshalb klar: „Die von rot/grün beschlossene Änderung des Finanzausgleichsgesetzes führt zu keiner spürbaren finanziellen Entlastung der rheinland-pfälzischen Kommunen. SPD und Grüne haben es versäumt, den Vorgaben des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz vom Februar 2012 zu entsprechen! Hier, Herr Wiechmann, besteht klarer Handlungsbedarf des Landesgesetzgebers.

Wenden wir uns dem zweiten Punkt der Entscheidung zu: – der Aufgabenrückführung

Auch hier kann die BIZ-Fraktion dem Landesgesetzgeber kein ausreichendes Zeugnis ausstellen. Statt Aufgaben rückzuführen, wurden den Kommunen noch neue Aufgaben auferlegt. Als Beispiele darf ich hier nennen:

1. Mehrkosten der Kommunen bei der Schulbuchausleihe;
2. Der Ausbau der Kindertagesstätten ist bislang fast ausschließlich vom Bund und den Kommunen getragen worden;
3. Die Schulsozialarbeit – Das Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes läuft bekanntlich zum 31.12.2013 aus ohne dass das Land sich um eine Anschlussfinanzierung bemüht hat! Zum notwendigen Erhalt der professionell durchgeführten sozialen Arbeit an unseren Schulen waren wir in Koblenz gezwungen, nun 378.000 € zusätzlich in den Haushaltsentwurf 2014 einzustellen! Hier übernimmt die Stadt Koblenz nun die finanzielle Verantwortung für Aufgaben, die eigentlich in die Trägerschaft des Landes fallen!

Werfen wir einen Blick in den Umweltbereich: „Grüne Ministerin will weniger Wald“ war in der Rhein-Zeitung vom 31.10.13 zu lesen. So lustig das im ersten Moment klingt – eine Grüne Umweltministerin, die sich für die Reduzierung unseres Waldes einsetzt - dieser Paradigmenwechsel hat im Ergebnis aber auch knallharte Auswirkungen auf unseren Forstwirtschaftsplan, nämlich die Streichung der Landesgelder für die Ersatzaufforstungen! So war es im Forstausschuss berichtet worden und wir haben es in den Zahlen gesehen. Der einzige Bereich der Aufgabenrückführung, der bei der Landesregierung derzeit in Betracht gezogen wird, scheint laut Aussage des rheinland-pfälzischen Finanzstaatssekretärs Salvatore Barbaro die künftig zentrale Erhebung der kommunalen Gewerbesteuer zu sein! Nicht nur, dass uns dadurch wichtiges Steuerungswissen verloren ginge, die Stadt würde damit auch zum

Bittsteller beim Land! Bittsteller für die Auszahlung unseres Geldes, meine Damen und Herren! Man muss sich das mal vorstellen. Unser Geld wird eingezogen und wir können hinterher laufen!

Für die BIZ-Fraktion ist deshalb klar: Eine Aufgabenrückführung, wie vom Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz in seinem Urteil gefordert, hat nicht in ausreichendem Maße stattgefunden. SPD und Grüne haben es auch hier versäumt, den Vorgaben des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz zu entsprechen! Die Frage, wie man rechtlich mit diesem Problem umzugehen hat, wird derzeit bei den kommunalen Spitzenverbänden geprüft.

Die Frage wäre aber zu klären: Wie steht die Stadt Koblenz und der Kämmerer dieser Problematik gegenüber? Plant man eine eigene Klage gegen das Land, um eine Umsetzung der Vorgaben des Verfassungsgerichtshofes zu erreichen? Fragen, deren Beantwortung angesichts unserer städtischen strukturellen Lücken eigentlich von diesem Stadtrat dringend diskutiert und beantwortet werden müssten.

Aber auch der Bund hat seinen Beitrag zu leisten - Was erwartet uns von einer großen Koalition? Der Blick in den Koalitionsvertrag verrät, dass die Kommunen im Rahmen der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes im Umfang von fünf Milliarden jährlich von der Eingliederungshilfe entlastet werden sollen. Da stellt sich die Frage: Wann genau soll denn den Kommunen diese finanzielle Entlastung zu Teil werden? Denn einen Zeitpunkt für die Zahlung der 5 Milliarden Euro aus der zweiten Entlastungsstufe nennen die künftigen Regierungsparteien im Koalitionsvertrag nämlich nicht! Herr Pilger, hier besteht dringender Erklärungsbedarf ihrer künftigen Regierungspartei.

Darüber hinaus ist zweifelhaft, ob die avisierten Gelder überhaupt bei den Kommunen in Rheinland-Pfalz ankommen werden. Wie die F.A.Z. am 10.12.2013 zu berichten wusste, habe der Innenminister von Rheinland-Pfalz schon öffentlich gesagt, dass er die Hälfte der Entlastung einbehalten wolle, weil das Land Aufgabenträger sei. Wir sagen dazu: Entweder ist das Land Aufgabenträger, dann soll es auch voll für die Kosten aufkommen, oder es ist es nicht, dann sind die Gelder ungekürzt an die Kommunen weiterzuleiten. Alles Andere ist moderner Wegezoll.

Für die BIZ-Fraktion ist deshalb im Ergebnis klar: Solange die von Land und Bund vorgegebenen finanziellen Rahmenbedingungen so miserabel sind, werden wir es in Koblenz aus eigener Kraft kaum schaffen die Schuldenlast abzubauen.

II.

Werfen wir nun einen kurzen Blick darauf, was sich in dieser Wahlperiode in dem Bereich geändert hat, den wir unmittelbar beeinflussen können:

Wie eingangs meiner Rede erwähnt, war die Stadt Koblenz vor 4 Jahren strukturell überhaupt noch nicht auf die zu bewältigende Aufgabe einer kommunalen Haushaltskonsolidierung vorbereitet und ausgerichtet. Die BIZ-Fraktion hatte deshalb erhöhte Bemühungen um Effizienz steigernde Maßnahmen, die Straffung von Verwaltungsabläufen, die Einleitung grundlegend struktureller Reformen, insbesondere in der Personalentwicklung, sowie die Aufgabenkritik als längerfristige Konsolidierungsmaßnahmen gefordert. Die BIZ-Fraktion hatte in der Folge angeregt, dass die Ämter die von ihnen wahrgenommenen Fachaufgaben im Einzelnen erfassen und mit ihrem gesamten Hintergrund dokumentieren. Der so erstellte Aufgabenkatalog wäre Arbeitsgrundlage für die Durchführung aufgabenkritischer Betrachtungen in der gesamten Verwaltung und für die Entscheidung darüber, in welchem Maße und in welcher Intensität der kommunale Aufgabenbestand bestehen bleiben oder reduziert werden kann.

Um langfristig Personalkosteneinsparungen erzielen zu können, war aus unserer Sicht nicht nur die Erstellung eines Personalmanagementkonzeptes sondern auch die Erstellung eines Personalentwicklungsplanes dringend geboten. Beginnend mit dem Wechsel im Oberbürgermeisteramt wurde die Verwaltung dann auch auf die zu bewältigende Aufgabe einer kommunalen Haushaltskonsolidierung vorbereitet und die dafür notwendigen Schritte eingeleitet. Die strukturellen Veränderungen gegenüber 2010 sind beachtlich. Es gibt:

- den einstimmigen Eckwertebeschluss des Rates, als Richtlinie für die Verwaltung zur Haushaltsplanaufstellung und zur mittelfristigen Finanzplanung;
- die HSK, in der die Rückkopplung mit der Politik bezüglich der verwaltungsseitig betriebenen Aufgabenkritik erfolgt und neue Sparansätze diskutiert werden;
- die Einführung des zentralen Gebäudemanagements als wichtigen ersten Schritt zur effizienteren Nutzung unseres kommunalen Gebäudebestandes;
- die Bremsung des Anstiegs der Personalkostensteigerung durch die Umsetzung des Personalentwicklungskonzeptes.

Mit diesen Maßnahmen soll im ersten Schritt das Ziel verfolgt werden, die Nettoneuverschuldung kontinuierlich bis 2016 auf Null zurück zuführen. Ambitioniert, aber angesichts der gestiegenen Einnahmen aus der Gewerbe- und der Grundsteuer nicht unmöglich.

Sollten wir dieses Ziel tatsächlich bereits im Jahr 2015 erreichen, wäre es aber fatal die Sparanstrengungen zu lockern. Derzeit profitiert die Stadt von den äußerst niedrigen Zinsen. Die Erhöhung des Zinsniveaus schwebt aber wie ein Damoklesschwert über unserer Stadt! Bei einem Schuldenstand von rund 520 Mio. € ist es deshalb das Gebot der Stunde, dass die Stadt im Falle künftiger Überschüsse diese auch unmittelbar für die Tilgung der Altschulden einsetzt!

Der jetzige Eckwertebeschluss zur mittelfristigen Finanzplanung bis zum Jahr 2016 sollte daher zu Beginn der kommenden Wahlperiode von dem dann neu gewählten Stadtrat unbedingt verlängert und um eine Tilgungszweckbestimmung für Haushaltsüberschüsse erweitert werden. Ziel muss es sein, den Schuldenstand so schnell wie möglich zumindest auf ein für Koblenz verträglich Maß, welches etwa bei 250 Mio. € angesehen werden kann, zu verringern. Alles andere wäre nicht nur fahrlässig, sondern auch unverhältnismäßig und unverantwortlich gegenüber zukünftigen Generationen. Die BIZ-Fraktion wird dem Oberbürgermeister in dieser Wahlperiode, und soweit vom Wähler gewünscht, auch in der nächsten Wahlperiode diesbezüglich die volle Unterstützung zukommen lassen. Ich möchte mich an dieser Stelle Namens der BIZ-Fraktion auch bei Ihnen, Herr Oberbürgermeister, dafür bedanken, dass Sie die Haushaltskonsolidierung zu einem ihrer zentralen Themen erhoben und die Verwaltung behutsam auf die Aufgabe der notwendigen kommunalen Haushaltskonsolidierung ausgerichtet haben.

Für die BIZ Fraktion ist deshalb klar: Angesichts der weiterhin mangelhaften Finanzausstattung durch das Land auf der einen Seite, aber der grundlegenden strukturellen Veränderungen der städtischen Verwaltung gegenüber dem Zustand des Jahres 2010 auf der anderen Seite und der von dem Stadtrat und dem Oberbürgermeister eingeleiteten Reformen und der sich dadurch ergebenden Zukunftsperspektiven ist der Haushaltsentwurf 2014 in weiten Teilen politisch nicht zu beanstanden.

III.

Im Besonderen ist uns allerdings noch eine Haushaltsposition aufgefallen, deren Streichung den Haushalt um 500.000 € entlasten würde. Im Investivhaushalt 2014 sind auf Seite 37, bei

Maßnahme Kulturbau Zentralplatz, in Zeile 18 für das Haushaltsjahr 2014 insgesamt 500.000,00 € in Ansatz gebracht. In der Begründung heißt es, dass diese 500.000,00 € für die Restabwicklung des Projektes vorgesehen sind. Im Sachstandbericht vom 13.12.2013 zum Projekt Zentralplatz (TOP 17 der heutigen Ratssitzung) heißt es aber auf Seite 5 von 7, dass die Restarbeiten im Wesentlichen in den letzten Monaten abgearbeitet wurden. Und auf Seite 7 von 7 dieser UV heißt es, dass zum Stand 27.11.2013 davon ausgegangen werden kann, dass das Budget Zentralplatz insgesamt um rund 4,3 Mio. € unterschritten wird, wobei 1,0 Mio. € aus Einsparungen im Bauablauf des Forum Confluentes resultieren.

Wie sich aus der Erläuterung auf Seite 37, bei Maßnahme Kulturbau Zentralplatz ergibt, betragen die aus 2012 nach 2013 übertragenen Auszahlungsermächtigungen 12,1 Mio. €. Zuzüglich der in 2013 in Ansatz gebrachten 1,9 Mio. € ergibt sich im Haushaltsjahr 2013 eine Auszahlungsermächtigung für Sachanlagen in Höhe von insgesamt 14,1 Mio. €. Angesichts der Einsparungen im Bauablauf in Höhe von rund 1,0 Mio. € besteht somit ein genügender Rest aus den Haushaltsjahren 2012 und 2013, der für in 2014 noch zu leistende Zahlungen übertragen werden kann. Die Notwendigkeit, neue Haushaltsmittel bereitstellen zu müssen, ist aus unserer Sicht somit nicht gegeben.

Die BIZ Fraktion beantragt daher:

1. Streichung von 500.000,00 € im Investivhaushalt 2014, Seite 37, Zeile 18, Maßnahme Kulturbau Zentralplatz
2. Übertragung der Restmittel aus dem Haushalt 2012 und dem Haushalt 2013 in das Jahr 2014

Durch die beantragte Vorgehensweise würde der Haushalt 2014 letztendlich um 500.000,00 € entlastet. Sollte der Stadtrat unserem begründeten Streichungsantrag folgen, würde die BIZ-Fraktion dem Haushalt 2014 - trotz erheblicher Bauchschmerzen bezüglich des Haushaltsplans der Koblenz-Touristik - zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Anlage 4

zu der Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates
am 13.12.2013 – Punkt 7 ö.S. –

E t a t r e d e 2 0 1 4

des Ratsmitgliedes Diederichs- Seidel
namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrter Herr Beigeordneter Prümm, sehr geehrter Herr Knopp, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren,

als ich in der letzten Woche in einem Wirtschaftsmagazin blätterte viel mir ein Artikel auf, der die Überschrift hatte, „Das Wunder von Fürth“. Fürth, vergleichbar groß wie Koblenz mit halb soviel Schulden, absolvierte acht Sparrunden ohne sichtbaren Erfolg. Man wusste sich keinen Rat mehr und deshalb kam für drei Tage ein Managementguru aus der Schweiz mit einer Horde Beratern in die Stadt und am Ende stand eine sehr vorhersagbare Streichliste, aber auch solche fragwürdige Entscheidungen wie die Schließung eines Jugendtreffs, aber der Weiterbetrieb der städtischen Kunstgalerie. Das war sicher kein Wunder. Wobei die Beratung auch noch eine halbe Million Euro gekostet hat. Was aber in Fürth richtig gemacht wurde war ein dreitägiger Workshop mit allen Referats- und Amtsleitern, auch der städtischen Beteiligungsbetriebe und am Ende war man deshalb so froh mit dieser Methode, weil alle quer zu den Hierarchien und quer zu den Fachbereichen und Dezernaten miteinander ins Gespräch kamen. Eine Kommunikationsmethode allererster Güte, die man dann auch sicher in anderer Besetzung als Bürgerversammlung organisieren kann. Dies ist in der Tat ein Beispiel von dem wir hier lernen können. Aber auch andere können von uns lernen. Es wird nach meiner Auffassung zwei positive Beschlüsse des Rates geben deren Folgen noch lange tragen werden:

- Die Einsetzung der Haushaltsstrukturkommission (HSK)
- Und der so genannte Eckwertebeschluss

Diese beiden Fesseln, die wir uns selber angelegt haben werden dazu beitragen, dass wir unser Ziel der Haushaltskonsolidierung auch tatsächlich erreichen. Aus den Eckwerten ist sicher der Punkt 8) „keine neuen Maßnahmen“ der am häufigsten zitierte. Aber auch Punkt 3) „Verbesserung der Aufbau- und Ablauforganisation“ und Punkt 5) „ganzheitliches Controlling“ sind von entscheidender Bedeutung. Denn man kann noch so viel Geld auf die dritte Kommastelle sparen, wenn nicht die Organisationsstrukturen in der Verwaltung verändert werden, die für die Schuldenpolitik und faule Kompromisse mit verantwortlich waren, wird man weiterhin von „unvorhergesehenen“ zeitversetzten Folgekosten überrascht werden.

Wir GRÜNE haben in der Vergangenheit den Haushalt immer sehr kritisiert vor allem wegen der Zentralplatzbebauung und deren hoher Folgekosten. Das sagen wir auch weiterhin wenn uns jemand danach fragt. Allerdings wären wir auch mit dem Klammerbeutel gepudert, wenn wir mit dem Pfund das wir da jetzt haben nicht wuchern würden. Vor allem der Stadtbücherei müssen wir helfen den jetzigen Erfolg zu verstetigen: leere Regalreihen und auf Wochen vorbestellte Medien sind ein Unding und wir müssen in den kommenden Jahren den Anschaffungsetat der Bücherei stark aufstocken. Eine stärkere Vernetzung mit den anderen herausragenden Bibliotheken hier in Koblenz, vielleicht mit einem gemeinsamen Ausleihausweis, die stärkere Einbeziehung der Schulbibliotheken oder sogar ein gemeinsamer Webzugang wäre ein lohnendes Ziel.

Wir blicken heute nach vorne in das Haushaltsjahr 2014 und die mittelfristige Finanzplanung und können hier eine erfreuliche Verbesserung der Haushaltssituation feststellen. Aber wir dürfen den Bürgerinnen und Bürgern auch nichts vormachen. Unterm Strich wird das Leben für den privaten wie den gewerblichen Bereich teurer. Stadt, Land und Bund haben in der Vergangenheit über ihre Verhältnisse gelebt und jetzt bekommen wir die Rechnung für vergangene Entscheidungen.

Der gute Weg auf dem wir uns befinden wird vor allen Dingen auch möglich gemacht durch erhöhte Einnahmen bei der Gewerbesteuer. Es gibt keinen geeigneten und praktikablen Ersatz für die Gewerbesteuer. Die Gewerbesteuer bleibt die wichtigste Einnahmequelle der Stadt und als Band zwischen Stadt und lokaler Wirtschaft unverzichtbar. Die Stadt kann ihrer Aufgabe nur gerecht werden, wenn sie handlungsfähig bleibt, deshalb muss der Konsolidierungskurs weiter geführt werden vor allem wenn man die zweite Seite der positiven Wirtschaftsentwicklung im Auge hat, nämlich die steigenden Zinsen. Dies ist sicher das größte Risiko in unserem Haushalt.

Und wenn Sie Herr Oberbürgermeister zu Recht das Ziel der „Schwarzen Null“ nach vorne stellen, so ist es doch richtig dass im Grund dann erst die Früchte der Sparmaßnahmen geerntet werden können, nämlich ein nachhaltiger Schuldenabbau. Und weil dies wiederum eine langfristige Aufgabe ist hätten wir uns so etwas wie den Eckwertebeschluss schon vor 10 Jahren gewünscht. Damit hätten wir manche Fehlentscheidung vermeiden können. Von Seiten des Landes und des Bundes sind auch weitere Schritte zur Entlastung der Kommunen notwendig. Ich höre zwar die Versprechungen der Großen Koalition, bis jetzt allerdings muss ich sagen, fehlt mir der Glaube.

Die Beratungen des Haushaltes in den Ausschüssen waren bis auf wenige Ausnahmen einmütig und angenehm und von dem Willen getragen nachhaltig die Situation hier in Koblenz zu verbessern. Aber auch bei bestimmten Projekten sind parteiübergreifend die Notwendigkeiten zum Beispiel in der Schulsozialarbeit erkannt worden und gerade für diese Dinge sind nicht nur wir sehr dankbar. Wir sind vor allem auch dankbar für die Entscheidung des Landesjugendamtes, Jugendarbeit als kommunale Pflichtaufgabe zu definieren. In gemeinsamer Anstrengung kann es uns gelingen dieses Zukunftsfeld vor noch mehr Kostendruck auszunehmen. Irritiert hat mich allerdings die Tatsache, dass ein ähnlich lautender Ministerratsbeschluss von 1995 bis dato in den Schubladen lag und jetzt erst wieder gefunden werden musste – trotz einer SPD-Alleinregierung in diesem Bereich seit jenen Tagen.

Ein anderer wichtiger Eckwertepunkt ist in diesem Zusammenhang sicher das Versprechen an die freien Träger, den Zuschussbedarf auf dem Niveau von 2013 weiter zu führen, also nicht zu kürzen. Auch bei den Bildungsausgaben, die ja für den Schulträger in Wahrheit Immobilienausgaben sind, wird viel getan. Der Masterplan Schulen sieht insgesamt Ausgaben von über 13 Millionen Euro konsumtiv und investiv vor in 2014.

Dazu kommen die Neubaumaßnahmen:

- Neubau einer Sporthalle auf dem Asterstein im Passivhausstandard, ca. 7 Mio. €
- Ersatzbau/ Neubau der Sporthalle Lützel für die GS Lützel, ca. 2 Mio. ggf sogar im Energie-Plus Standard
- Eine Mensa für die Ganztagschule Grundschule Schenkendorf, ca. 3,2 Mio. €

Damit wird ein Hauptanliegen GRÜNER Politik, Schwerpunkte bei der Schulsanierung und notwendigen Neubauten im Schulbereich zu setzen, im Haushalt 2014 verwirklicht, obwohl wir wissen, dass damit noch lange nicht der Sanierungsstau in Koblenz aufgehoben ist. Wir und wahrlich alle Kommunen wollen von der großen Koalition keine neue Abwrackprämie,

sondern ein Sonderprogramm zur energetischen Sanierung von Schulen. Das wäre zukunftsweisend. An unsere eigene Adresse gerichtet möchte ich sagen, dass wir auch die Chance ergreifen sollten unsere Schulen über ein Heizungscontracting über unseren eigenen Kommunalversorger zu modernisieren. Für den EVM/ Kevag- Konzern ist es in Zusammenarbeit mit dem neuen zentralen Gebäudemanagement einfacher die ökologisch sinnvollste Form zu finden, wie unsere Schulen wirtschaftlich zu beheizen sind.

In diesem Zusammenhang möchte ich die Fusion von EVM und Kevag noch einmal ausdrücklich begrüßen. Die Chance dazu entstand zwar erst durch die katastrophale Unternehmenspolitik des RWE, für die auch viele Menschen mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes bezahlt haben. Für uns ist es allerdings eine Chance, die es zu nutzen gilt. Die Ausrichtung des neuen Kommunalkonzerns auf die Nutzung der Erneuerbaren Energien ist unserer Meinung nach schon mittelfristig alternativlos, und wir hoffen dass in diesem Bereich die Bekundungen die wir bisher auf den drei EVM- Zukunftsforen gehört haben, die Richtung vorgeben. Starke Stadtwerke sind die Voraussetzung für starke Kommunen. Wichtig ist es aus unserer Sicht, dass die Stadt Koblenz für ihre eigenen Liegenschaften die Nutzung Erneuerbarer Energien vorschreibt. Das Instrument des Zentralen Gebäudemanagements ist hier hervorragend geeignet dies um zu setzen.

Bündnis 90/Die Grünen begrüßen auch die Überlegungen zu einer Fusion des Gemeinschaftsklinikums Kemperhof/ Mayen mit dem Stiftungsklinikum. Deutschlandweit schreibt jede zweite Klinik rote Zahlen - aufgrund von Fehlentscheidungen der letzten Bundesregierung. Das Krankenhauswesen ist systematisch unterfinanziert und in Koblenz besteht darüber hinaus ein hoher Konkurrenzdruck. Wir wollen, dass die Arbeitsplätze an unserem Gemeinschaftsklinikum erhalten bleiben und eine Zusammenarbeit mit dem Stiftungsklinikum zu höherer Wirtschaftlichkeit führt. Dabei sprechen wir uns unmißverständlich für die Mitbestimmung der Beschäftigten und für den Erhalt bestehender Tarifverträge aus. Die Chancen, die sich aus der Fusion ergeben, müssen genutzt werden.

Wir haben im Laufe des Jahres natürlich auch nach Möglichkeiten alternativer Kreditversorgung der Stadt gesucht. Bürgerkredite waren so eine alternative Idee. Bei näherer Betrachtung erwies sich das aber als nicht praktikabel. Das heißt allerdings nicht, dass die Bürgerinnen und Bürger auf ihr Engagement verzichten müssen. Es gibt sicher die Möglichkeit selber Stiftungen zu gründen, aber sich auch bestehenden Stiftungen im sozialen

und caritativen, im Jugend- und im Sportbereich einzubringen. Schulen, Kitas, Sportvereine, Jugendzentren haben mittlerweile angeschlossene Fördervereine die an den Stellen einspringen, aus denen sich die Stadt z.Zt. zurückzieht. Dabei geht es nicht darum den Staat aus seiner Verantwortung zu entlassen, sondern schlichtweg Angebote aufrecht zu erhalten, die für ein gutes Zusammenleben in unserer Stadt gebraucht werden. Und hier haben Bürgerinnen und Bürger, gesellschaftliche Gruppen und Unternehmen große Chancen, das Gemeinwesen selbst mit zu gestalten.

Und es geht auch nicht wie in den 80er Jahren um die damals noch ideologische Grundsatzauseinandersetzung von Verstaatlichung versus Privatisierung von Aufgaben. Es geht heute vor allem darum, dass Aufgaben im Sinne eines unbeschränkten und sozial gerechten Zugangs für alle Bürgerinnen und Bürger erledigt werden. (Deshalb werden wir auch heute die Spende der Firma Globus annehmen, die der Stadt eine Strasse schenkt). Die in diesem Zusammenhang *allerdings* notwendige Unterscheidung in Aufgaben der Daseinsfürsorge und des „nice-to-have“ macht einerseits das Geschäft für uns Stadträte nicht einfacher und andererseits ist es an manchen Punkten einfach auch notwendig, den Kämmerer in *seiner* Prioritätensetzung zu überstimmen.

Wo es neben anderen Punkten keinen Dissens mit dem Kämmerer gab, war die Frage nach der Wasserversorgung. Wir waren uns alle einig, dass die in die öffentliche Hand gehört. Die Kommunen können hier kostendeckend arbeiten. Im Bereich der Abfallentsorgung ist es glücklicherweise so, dass wir damit auch Geld verdienen können, nicht nur hier sondern auch im Umland. Auch dies ein Bereich, der unserer Meinung nach grundsätzlich nicht privatisiert gehört, obwohl da ein sehr herausforderndes Marktumfeld herrscht, aber möglicherweise trägt der Abfall in Zukunft noch mehr auch zu unserer Energieversorgung bei und dann ist es richtig, dass die Kommune hier partizipiert.

Der Umwelt- und Naturschutz ist unserer Meinung nach eine Kernaufgabe staatlichen Handelns. Dass jetzt hier in Koblenz bei der Umsetzung des Klimaschutzes ein quasi privater Weg gesucht werden muss, Klimaschutz umzusetzen, ist ein falsches Zeichen, das nicht nur der Umweltdezernent aussendet. Klima- und Umweltschutz dient den Menschen und ist unabdingbare Voraussetzung für eine lebenswerte Stadt. Und dazu gehört auch der Schutz vor Lärm. Lärm macht krank, und nicht nur die Anwohner der B9. Die Lärmglocke die von der Verkehrskonzentration in Koblenz ausgeht ist sehr weit darüber hinaus spürbar. Neben der Bekämpfung des Bahnlärms, bei dem wir uns vom Umweltdezernenten mehr Engagement wünschen, geht es auch um ganz konkrete Maßnahmen die schnell umgesetzt werden können.

Ich denke da vor allem an die Ortsdurchfahrt Rübenach und will der Bürgerinitiative hier meinen großen Respekt aussprechen für ihren langen Atem in dem Bemühen, aus Gründen des mehrfachen Schutzes der Menschen, es geht nicht nur um Lärm- und Stickoxidbelastung, es geht auch um Sicherheit, seit Jahren nicht müde wird Tempo 30 in Rübenach umzusetzen. Und wir stehen hier in der Tat vor einem Durchbruch, denn durch die Beteiligung der GRÜNEN in der Landesregierung ist es gelungen, in Kandel ein Pilotprojekt zu Tempo 30 auf klassifizierten Strassen durch zu führen. Und anstatt hier in Koblenz den Entscheidungsspielraum der Gesetze endlich zu nutzen, wird wieder nur abgewartet. Aber von Abwarten haben die Menschen in Rübenach und auch in anderen Stadtteilen langsam genug. Das ist nicht bürgerfreundlich, das ist wenn überhaupt autofreundlich und folgt immer noch der 50er Jahre- Chimäre einer Notwendigkeit des Schutzes des fließenden Verkehrs. Verkehr ist im Nordwesten der Stadt ein gutes Stichwort: die Nordtangente wird kommen. Wir unterstützen das aus städtischer wie aus Landessicht, mahnen allerdings an, dass es bei den dann erschlossenen neuen Gewerbegebieten nicht, wie es ja bisher die Regel zu sein scheint, in Bezug auf eine ökologisch verträgliche Ansiedlungspolitik zu einem überhasteten Kotau vor möglichen Investoren kommt. Wir haben auf dem Metternicher Feld ökologisch hochwertige Flächen und unsere Anforderung an den zukünftigen Wirtschaftsförderer wie an die Bauleitplanung ist, dies auch zu bewahren. Und gleichzeitig muss es mit dem Bau der Tangente zu einer deutlichen Entlastung der Menschen im Bereich der Mayener- und Triererstrasse und der L127 kommen. Eine Zusammenlegung von B416 und B49 bietet sich hier an.

Auch im Bereich der Innenstadt geht es uns darum, die Lebens- und Aufenthaltsqualität zu erhöhen. Ein Antrag von FBG und GRÜNEN hat zu einer umfangreichen Untersuchung der Verwaltung für die Innenstadt geführt. Nach GRÜNER Auffassung sollte die ganze Stadt zur Umweltzone werden. Das gelingt aber nur, auch wirtschaftlich verantwortbar, durch die ökologischere Ausrichtung des ÖPNV. Mit der jetzigen Generation von Dieselmussen lässt es sich nicht realisieren. Andere Städte sind da wesentlich weiter als Koblenz. Die Firma Zickenheiner hat zurzeit einen Hybridbus in der Erprobung. Wir wünschen uns auch bei unserem eigenen Unternehmen ein rasches Umdenken. Herr Czielinski hat bei seinem Abschiedsempfang am Dienstag gesagt: „Wir treffen uns im Bus“: Ja, *wir* treffen uns im Bus, allerdings bestimmte Koblenzer werden Sie nie im Bus treffen und das ist sicher die Herausforderung, den Busverkehr in Koblenz zu einem konsequenten, ökologischen Erfolg zu

führen und so die Attraktivität der Stadt zu stärken. Dafür sagen wir Ihnen unsere Unterstützung zu.

Was die Zukunft unserer Stadt angeht so ist auch hier auch der landesweite Trend spürbar: die Großregionen, Ballungszentren und Oberzentren gewinnen tendenziell Einwohner. Für den Koblenzer Wohnungsmarkt bedeutet das einen zunehmenden Druck: auf kleine Wohnungen am unteren Ende des Mietpreisspiegels und auf die TOP-Lagen. Das kann in Zukunft zu einer stärkeren sozialen Spreizung des Wohnungsmarktes führen als es der Stadt gut tut. Hier müssen wir stärker und offensiver eingreifen. Wenn wir nichts tun, wird uns der Markt die Entscheidungen abnehmen und das bedeutet eine starke Verengung des Angebotes im unteren Preissegment. Unser Ansatz ist hier eine wesentlich stärkere soziale und vor allem altersdurchmischte Wohnquartiersgestaltung. Vor allem brauchen wir wesentlich mehr Entwicklungsmöglichkeiten für Familien mit kleinen Kindern, wir brauchen mehr Angebote für gemeinschaftliches Wohnen, wir brauchen auch mehr Möglichkeiten für Baugemeinschaften im Sinne von Genossenschaften. Chancen zur Realisierung haben, die Pläne zur Entwicklung der Fritsch-Kaserne liegen seit 2007 vor. Das ist alles Teil eines integrierten Stadtentwicklungskonzeptes auf das wir seit langem dringen und das es umzusetzen gilt.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Sie feiern während des nächsten Haushaltsjahres die Halbzeit Ihrer Amtszeit. Wir wollen Sie in Ihren Bemühungen weiterhin sehr kritisch begleiten und Ihnen helfen das Machbare zu realisieren und das Wünschenswerte nicht aus den Augen zu verlieren: der Einklang von Mensch und Umwelt und eine lebenswerte Stadt für Alle. Mit diesem Hinweis stimmen wir dem verhandelten Haushaltsentwurf zu.

Wir werden ja nachher beim Weihnachtsstehempfang nicht alle dabei sein können, deshalb lassen Sie mich im Namen meiner Fraktion jetzt am Jahresende unseren Dank aussprechen und die besten Wünsche für das Neue Jahr. In erster Linie an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ihren Familien der Kernverwaltung, der Eigenbetriebe und der verbundenen Unternehmen. Diesmal aber auch explizit an die Beschäftigten des städtischen Klinikums und des Kevag/ EVM Konzerns, die sicher einige Herausforderungen im kommenden Jahr vor sich haben werden.

Für den nächsten Jahresabschlussempfang des dann neuen Rates wünsche ich mir, dass wir wieder an die alte Tradition anknüpfen und nicht nur die Ortsvorsteher und die Presse einladen, sondern auch die Abteilungs- und Amtsleitungen. Gelegenheiten zur Kommunikation miteinander kann man gar nicht genug haben.

In diesem Sinne, Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Anlage 5

zu der Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates

Am 13.12.2013 – Punkt 7 ö.S. –

Etatrede 2014

des Ratsmitgliedes Torsten Schupp
namens der FDP-Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Bürgermeisterin,
sehr geehrte Dezernenten,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen
sehr geehrte Vertreter der Medien
liebe Bürgerinnen und Bürger,

wir haben heute über den Haushaltsentwurf für das Jahr 2014 zu entscheiden. Ein Entwurf, der von den nackten Zahlen her ein weitaus besserer ist, als die Haushaltsentwürfe der vergangenen Jahre. Ein Entwurf, den der Oberbürgermeister am 31.10.1013 in den Stadtrat einbrachte.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Ihre Rede zur Einbringung des Haushaltes 2014 haben wir fünf Stadträte von der FDP-Fraktion mit sehr großem Interesse verfolgt. Ich persönlich hatte das Gefühl, dass diese Rede eine Liebeserklärung an die FDP-Fraktion im Koblenzer Stadtrat ist! Die Rede liegt ja in Schriftform vor und da möchte ich im einzelnen darauf eingehen, wo ich die Überschneidungen mit dem liberalen Gedankengut der FDP-Fraktion sehe:

- Ob auf Seite 8 Ihrer Rede, wo Sie das Thema Brücken ansprechen, das die FDP-Fraktion bereits im Sommer 2007 mit der Anfrage AF/00035/2007 in den Rat brachte oder
- ob Sie auf Seite 9 und 10 das Betreuungsangebot für Kinder ansprechen, wofür die FDP-Fraktion ebenfalls schon einen Antrag AT 0033/2013 gestellt und die Einführung eines Kita- Reservierungssystem gefordert hat oder
- ob bei der HSK- Matrix, zu der die FDP-Fraktion zuletzt noch mal 44 Sparpunkte überreicht hatte oder
- das Vorschlagswesen für Mitarbeiter, das wir schon beim Alt- OB immer wieder gefordert haben und Sie es dann endlich in die Hand genommen und umgesetzt haben oder
- ob bei der von Ihnen auf Seite 14 genannten Internetseite www.koblenz-spart.de, den Vorschlag hatte unsere Fraktionsvorsitzende gemacht
- oder beim Thema TZK, wo wir mit unserer Anfrage AF/0125/2012 ein Forschungsprojekt durch die Universität ausgelöst haben:

überall finden wir unsere Handschrift in Ihrer Haushaltsrede wieder.

Auf drei Punkte der Haushaltsrede möchte ich etwas näher eingehen:

1. Auf Seite 9 heißt es:

"... Zudem ist hoch aktuell die Realisierung eines seit Jahrzehnten herbeigesehnten Projektes in den Fokus gerückt: die Nordumgehung Metternich. Wir – das heißt Stadtvorstand und Stadtrat – haben postwendend reagiert, als das Land signalisierte, dass für den Start des Projektes im Rahmen des neuen Doppelhaushaltes 2014/2015 Bau- und Fördermittel bereitgestellt werden sollen. Da auch anteilige Kosten auf die Stadt Koblenz zukommen, haben wir sofort die notwendigen haushaltsmäßigen Vorkehrungen sowohl im Nachtrag 2013 als auch im Etat 2014 getroffen. Wir gehen davon aus, dass im nächsten Jahr mit dem Bau begonnen wird. ..." Zitat Ende.

Seit nunmehr 52 Jahren warten die Koblenzer Bürger auf den Bau der Nordtangente. Die FDP-Fraktion hat immer wieder und allein in dieser Wahlperiode mit 4 Anfragen und 2 Anträgen dieses Thema auf die Agenda gebracht und sich vehement dafür eingesetzt! Zuletzt

schrrieb die FDP-Fraktionsvorsitzende Birgit Hoernchen an die Landesregierung, die nun endlich die Mittel im kommenden Doppelhaushalt eingestellt hat.

2. Auf der Seite 12 sprechen Sie der FDP-Fraktion aus der Seele - Zitat Anfang:

"... Wir können höhere Einnahmen verzeichnen und haben gleichzeitig in den letzten Jahren unsere Ausgaben in vielen Bereichen gesenkt und konsolidiert. Dafür waren vor allem zwei Meilensteine verantwortlich: Im Mai 2011 haben wir gemeinsam die Haushaltsstrukturkommission eingesetzt und im August des gleichen Jahres unseren bekannten Eckwertebeschluss verabschiedet. Mit diesen beiden Entscheidungen haben wir den Grundstein für die heutige positive Entwicklung gelegt. ..." Zitat Ende.

Die Einführung der Haushaltsstrukturkommission wurde als "Arbeitskreis Schwarze Null" von der FDP-Fraktion bereits im Jahr 2010 in den Stadtrat gebracht. Damals haben sich die anderen Fraktionen noch sehr dagegen gesträubt bis der neue OB sich der Idee annahm und aus dem Arbeitskreis „Schwarze Null“ die „Haushaltsstrukturkommission“ machte - und nun das Team rund um den neuen Chef des Haupt- und Personalamts Bert Flöck wertvolle Arbeit für die Verwaltung bringt. Um es hier und heute noch einmal ganz deutlich auf den Punkt zu bringen, es war und es bleibt ein Vorschlag der FDP-Fraktion, ohne den wir heute mit Sicherheit nicht so gut da stehen würden wie es jetzt der Fall ist. Auch wenn es den anderen Fraktionen schwer fällt, dies zu akzeptieren.

3. Auch auf Seite 13 sprechen Sie, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, ein Thema an, das die FDP-Fraktion schon lange beschäftigt und wofür wir uns am Anfang zunächst viel Kritik der anderen Fraktionen gefallen lassen mussten.

"... Nach wie vor trägt auch das Stadttheater erheblich zur Haushaltskonsolidierung bei. ... Der Weg der Haushaltskonsolidierung wird im Kulturhaushalt demnach kontinuierlich weiterverfolgt – dies zeigen letztlich auch die sinkenden Zuschusszahlen der einzelnen kulturellen Einrichtungen. ..." Zitat Ende.

Es war die FDP-Fraktion mit ihrem Antrag AT/0076/2011, die rechtzeitig ein Sparkonzept zur Theaterlandschaft in Koblenz gefordert hat. Zunächst gab es viel Kritik dafür, aber zum Schluss nur noch Lob. Denn inzwischen hat die Intendanz mit der Theaterverwaltung erkannt, wie wichtig es ist, Sparkonzepte zu entwickeln bevor drastischere Mittel wie z. B. die

Schließung einer ganzen Sparte des Stadttheaters umgesetzt werden müsste. Dies will eigentlich niemand.

Herr Oberbürgermeister Sie sagen in Ihrer Rede: „Kultur ist kein Luxus, sondern Lebensmittel!“ Diese Aussage können wir nicht einfach unkommentiert so stehen lassen: wir finden es schon ein großes Stück Luxus, wenn von den gesamten freiwilligen Leistungen der Stadt Koblenz, die für das Jahr 2014 eingestellt sind, ein Drittel - nämlich knapp 1,48 Mio. Euro nur in den Kulturbau fließen! Und wenn die gesamten Ausgaben der freiwilligen Leistungen im Teilhaushalt Kultur knapp 70% aller freiwilligen Leistungen der Stadt Koblenz ausmachen, dann betrachten wir Ihr „Lebensmittel Kultur“ schon eher als einen Luxusartikel! Besonders deutlich wird dieser Luxus Kultur bei dem folgenden Zahlenbeispiel: im Haushalt arbeiten wir mittlerweile mit Kennzahlen, anhand derer wir sehr schön ablesen können, wie viel Geld die Stadt je Einwohner für einen einzelnen Bereich in die Hand nimmt, bzw. mit wie viel Geld die Stadt das einzelne Produkt subventioniert.

Im Teilhaushalt „Jugend und Soziales“ unter der Produktkennziffer 3621 Jugendarbeit steht folgendes: Laut Produktbeschreibung sind in diesem Haushaltsposten die Kosten enthalten für:

- die Förderung externer Maßnahmen und Institutionen
- Jugendfreizeitarbeit
- Außerschulische Jugendbildung
- Stadtranderholung
- Wanderung, Fahrten, Ferienfreizeiten
- Internationale Jugendarbeit

All diese, in unseren Augen sehr wichtige Aktivitäten der Jugendarbeit, sind der Stadt Koblenz 5,87 Euro je Einwohner wert. Schauen wir jetzt noch mal auf den Luxusartikel Kultur: Das Mittelrheinmuseum ist im Haushalt dann schon mit 16,66 Euro je Einwohner schon das Dreifache wert, wie die wichtige Jugendarbeit mit 5,87 Euro. Aber jetzt kommt erst der Luxusartikel Stadttheater, das uns mit 74 Euro je Einwohner das 15- fache wert ist, wie die wichtige Jugendarbeit!

Hier – sehr geehrter Herr Oberbürgermeister sollten Sie noch einmal Ihre Aussage überdenken, ob Sie dabei bleiben wollen, dass Kultur kein Luxus sondern Lebensmittel ist.

Die Sparvorschläge der Liberalen haben der FDP-Fraktion nicht immer Sympathie von den anderen Fraktionen eingebracht. Die neu aufgestellte Verwaltung blickt da schon etwas unabhängiger auf die vielen Anregungen, die von uns gekommen sind. Es wird zwar nicht gleich jeder Konsolidierungsvorschlag als ein solcher erkannt, aber wir haben festgestellt, dass es sich lohnt, einen langen Atem zu haben. Man könnte fast den Eindruck haben, dass die neue Verwaltungsspitze die Vorschläge der FDP aus der Schublade holt, die ihre Vorgänger dort hinein steckten.

Ein schlanker Haushalt ist unser Ziel und hier steht noch einiges für die Zukunft an! Ein Beispiel ist das papierlose Rathaus:

Im Juni diesen Jahres hat der Bundesrat das E- Government- Gesetz verabschiedet. Damit erhöht sich der Druck auf die öffentlichen Verwaltungen, ihre elektronischen Angebote auszubauen. Das wird auch für die Stadtverwaltung Koblenz eine große Herausforderung, trotz knapper Kasse in den elektronischen Fortschritt zu investieren. Die FDP-Fraktion hat hierzu schon den Anschub gegeben und setzt sich auch weiterhin dafür ein, dass die Verwaltung und der Rat in Zukunft auf einen Großteil der Papierflut verzichten können. Alle Sitzungsunterlagen könnten per E-Mail versendet werden oder im Ratsinformationssystem eingesehen und herunter geladen werden. So kann innerhalb der Verwaltung einiges an Papier eingespart werden. Alleine die Unterrichtsvorlage zum heutigen Tagesordnungspunkt 15 habe ich persönlich dreimal erhalten: 75 Seiten, die jeweils erst im Umweltausschuss, dann im Fachbereichsausschuss IV, anschließend im Haupt- und Finanzausschuss und heute zum Stadtrat für die Mitglieder ausgedruckt wurden. Ein weiteres wichtiges Argument zum Bürokratieabbau ist die Einsparung der Kurierkosten, denn die Unterlagen für den Stadtrat werden den Mitgliedern per Kurier zugestellt. Die Dokumente für Ausschusssitzungen werden den Mitgliedern und Vertretern per Post zugeschickt. Die meisten Unterlagen sind bereits heute schon digitalisiert und können papierlos zur Verfügung gestellt werden. Die papierlose Ratsarbeit ist eine kostengünstige und zeitgemäße Alternative zur traditionellen Bürokratie.

Bevor ich gleich zum Abschluss meiner Rede komme, möchte ich noch ein Thema ansprechen, was mir persönlich von Anfang an unter den Nägeln brennt: das so genannte „Sitzungs- Hopping“. Wir von der FDP-Fraktion hatten es schon einmal angesprochen und wir werden nicht müde, dies immer und immer wieder zu tun. Denn es kann nicht sein, dass wir in Haushaltsberatungen über 2000 € z.B. für die Jugendarbeit streiten, die wir bei etwas

mehr Sitzungsdisziplin locker im Haushalt drin haben könnten. Ich habe mir mal einen Überblick verschafft und bei den Ausschüssen, in denen ich gewesen bin, mitgeschrieben wie oft dort gewechselt wurde. Wenn ich diese Zahlen auf die im Mai endende Wahlperiode hochrechne, könnten wir Rats- und Ausschussmitglieder über 20.000 Euro pro Wahlperiode sparen, wenn wir mehr Sitzungsdisziplin walten lassen würden!

Sehr geehrte Damen und Herren, gestatten Sie mir zum Schluss meiner Ausführungen bitte noch ein paar ganz persönliche Worte: Ich weiß nicht, ob ich auch in Zukunft noch die Möglichkeit haben werde, in diesem Haus zu sprechen. Das entscheidet sich im Mai 2014. Deshalb möchte ich mich heute schon bei Ihnen allen bedanken! Bedanken für ein sehr großes Stück Lebenserfahrung, die ich im Rat unserer Stadt Koblenz machen durfte. Auch wenn ich vielleicht bei manchen Diskussionen meinen Emotionen keinen Einhalt mehr bieten konnte, so haben wir doch immer um die Sache an sich gestritten. Mir ist dies wichtig, das an dieser Stelle ganz deutlich zu sagen. Ich danke Ihnen, liebe Ratskolleginnen und Kollegen von Herzen, für diese schönen 4 ½ Jahre im Stadtrat. Wenn es nach mir geht mache ich das noch gerne die nächsten 20 Jahre weiter, weil es mir unheimlich viel Freude bereitet und Spaß macht meine Heimatstadt Koblenz mit zu gestalten.

Ein ganz großes Dankeschön möchte ich für die zwei Tage der Haushaltsberatungen an alle Beteiligten sagen. Wenn diese Beratungen öffentlich gewesen wären, so hätte manch einer aus der Öffentlichkeit gedacht, es handelt sich bei diesen Beratungen um irgendeine Friedensbewegung. Eine so freundliche und partnerschaftliche Atmosphäre, wie an den beiden Beratungstagen habe ich bei Haushaltsberatungen noch nie erlebt. Diesen Umgang wünsche ich mir auch in der Zukunft, denn wir wollen ja schließlich alle das Beste für unsere Heimatstadt Koblenz. Auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Kämmerei rund um Frau Brockmann-Kneip sei ein herzliches Dankeschön an dieser Stelle gesagt. Sie haben die Haushaltsberatungen wieder ganz hervorragend vorbereitet und durchgeführt. Wenn es nach mir ginge, hätten Sie sich alle zwei Tage Sonderurlaub verdient.

Und zuletzt möchte ich mich bei meinem liberalen Stadtrat- Team bedanken:

- bei unserer Fraktionsvorsitzenden Birgit Hoernchen, die immer fleißig, sachlich und mit großer Herzlichkeit uns fünf sowie die Mitglieder der erweiterten Fraktion geführt hat;
- bei unserem sportpolitischen Sprecher Michael Bordelle, der als „alter Jungliberaler“ die Werte der liberalen Politik in den Sportausschüssen sowie vor allem im Rechnungsprüfungsausschuss vertreten hat;

- bei dem liberalen Europäer Dr. Friedhelm Pieper, der mit seinem großen Erfahrungsschatz die Arbeit in der Fraktion bereichert hat;

- und bei Claudia Kriebs, die als Nachfolgerin vom ehemaligen FDP-Kreispartei- und Kreisvorsitzenden Peter Kaiser hier in den Stadtrat nachrückte und sich als junge 2-fache Mutter vor allem für die sozialen Belange in unserer Heimatstadt Koblenz einbringt.

Die FDP-Fraktion wird dem „liberalen“ Haushaltsentwurf 2014 zustimmen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen und ihren Familien im Namen der FDP-Fraktion eine besinnliche Advents- und Weihnachtszeit und für das Jahr 2014 vor allem Gesundheit, den gewünschten beruflichen und politischen Erfolg und Gottes Segen.

Anlage 6

zu der Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates

Am 13.12.2013 – Punkt 7 ö.S. –

E t a t r e d e 2 0 1 4

des Ratsmitgliedes Manfred Gniffke

namens der FBG –Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister
und Mitglieder des Stadtvorstandes,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Gäste.

Wir, die Fraktion der Freien Bürgergruppe stimmen dem Haushalt zu. Alle Fakten und Zahlen sind genannt. Wir sind froh, dass wir diesen, in einer wirklich guten Arbeitsatmosphäre erarbeiteten Haushalt mitgestalten durften. Er ist ein Gemeinschaftswerk von Stadtrat und Verwaltung. Alle, auch wir, haben zu diesem Sparhaushalt mit guten Vorschlägen beigetragen. Zum Beispiel konnten auf unsere Initiative im EDV Bereich große Summen eingespart werden. Ich könnte noch mehr nennen, aber so reicht es auch. Wir sind auch froh, dass es im neuen Haushalt Mittel für die Entschärfung der gefährlichen Eifelstraße und Andernacherstraße bereitgestellt wurden. Wir haben dies vor Jahren schon gefordert.

Gut ist zu bewerten, dass auch die Ämter der Verwaltung gute Sparvorschläge gemacht haben, wobei in meinen Augen besonders das Stadttheater zu nennen ist. Dagegen ist, wenn um die Verminderung von Ausgaben geht, unser Ludwig- Museum sehr, sehr zurück haltend. Es ist auch gut, dass die Sparvorschläge, die Mitarbeiter der Verwaltung machten, prämiert werden und auch wirklich umgesetzt werden. Uns gefällt aber der prämierte Sparvorschlag, die Blumenkästen am historischen Rathaus abzuschaffen, überhaupt nicht. Das ist nicht schön. Wenigstens die dem Jesuitenplatz zugewandte Seite sollte wieder die Koblenzer und Gäste der Stadt mit Geranien oder anderem Blumenschmuck erfreuen. Da sollte man lieber

auf den aufwendigen Blumenschmuck an den Schinkel- Laternen verzichten. Laternen sind schließlich Laternen und keine Blumenkästen. Gut auch die nicht gemachten Ausgaben am Zentralplatz. 4,3 Millionen hört sich gut an, aber wir glauben das erst, wenn schlussgerechnet ist. Man hat ja so seine Erfahrungen als Ratsmitglied in den letzten Jahren machen müssen. Darum sollten die Begehrlichkeiten zurückgestellt werden von denen, die jetzt die eingesparten Gelder Angesichts der anstehenden Kommunalwahl schon verbraten wollen. Herr Altmaier, ich finde es eigentlich unverschämt, dass Sie noch mal für die Bücherei Geld fordern. Das haben wir bereits im Werkausschuss geregelt. Genauso wie mit dem Theater auch. Hier sollte man sich zurückhalten. Mit dem Geld, das wir jetzt mehr haben, sollten wir verantwortungsvoll umgehen. Wir würden gerne jedem mehr zur Verfügung stellen, können es aber nun einmal nicht.

Der Eckwertebeschluss hat sich als hilfreich erwiesen und die Beratungen im HSK sind konstruktiv. Wir werden da auch noch Einsparvorschläge machen, denn es darf keine heiligen, unantastbaren Kühe geben. Dazu gehören auch die TUS Koblenz, der Rheinland-Pfalz – Marathon und die Koblenz- Touristik, um nur drei Beispiel zu nennen. Bei der letzteren werden Verluste fast kritiklos zur Kenntnis genommen. Bei Großveranstaltungen werden hunderttausende Euros als Verlust schon eingeplant, aber für so eine traditionsreiche Veranstaltung wie Silvester auf dem Plan ist kein Geld da.

Im Übrigen ist ja erstaunlich und mit Dankbarkeit die Bereitschaft der Koblenzer zu würdigen, die Rat und Verwaltung bei den Sparbemühungen mit ehrenamtlichen Initiativen unterstützen. Da sind auch die Freunde der BUGA beispielhaft. Uns hat ja besonders begeistert, wie schnell die Finanzierung der von unserer Fraktion geforderten Restaurierung des Kaisern- Augusta- Denkmals gesichert war. Malarbeiten, Farben und Gerüstbau werden von Koblenzer Bürgern kostenlos bereitgestellt. Darüber können wir uns alle freuen, weil die Koblenzer sich wieder mehr für ihre Stadt interessieren und gerne etwas für unser schönes Koblenz tun, ohne nach der Verwaltung zu rufen. Die Koblenzer haben in den letzten Jahren ihre Stadt neu entdeckt. Wenn wir dann im neuen Jahr den ersten Spatenstich für ein neues Schwimmbad machen könnten, wäre in der Stadt wirklich der Bär am Tanzen. Diese Stimmung müssen wir, Rat und Verwaltung, erhalten. Wir sind auf einem guten Weg, auch was das Sparen anbelangt, und diesen Weg gehen wir von der FBG gerne weiter mit. Vielen Dank an alle, die an diesem Haushalt mitgearbeitet haben.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!